

Vorschlag soll korrigiert werden

Wegen reduzierten Pflanzenschutzmitteleinsatz: Niedersachsens Landwirtschaftsministerin wendet sich an EU-Kommissionspräsidentin

Donnerstag 25. August 2022 - Hannover / Brüssel (wbn). Sie hat den „kurzen Dienstweg“ eingeschlagen. Niedersachsens Agrarministerin Barbara Otte-Kinast wendet sich mit einem Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Der Grund: Der Gesetzesvorschlag zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes. Der Entwurf aus Brüssel hatte für starke Proteste unter den Landwirten und Landwirtinnen gesorgt, weil er ein pauschales Reduktionsziel von 50 Prozent enthält und auch ein Totalverbot in allen Landschaftsschutzgebieten einbezieht. Von der Leyen wird ebenso wie die zuständige Kommissarin Kyriakides aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Vorschlag „deutlich korrigiert wird.“

Fortsetzung von Seite 1 Ministerin Otte-Kinast führt aus, dass gerade in Niedersachsen viele Maßnahmen in Absprache mit den Natur- und Umweltschutzverbänden laufen. „Der Vorschlag lässt sich nicht mit den getroffenen Vereinbarungen des Niedersächsischen Weges vereinbaren“, heißt es in dem Schreiben. Mit dem neuen Vorstoß gefährde Brüssel die allseits akzeptierten Vereinbarungen.

Darüber hinaus weist Otte-Kinast auf die landeseigene Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie hin. Für die Umsetzung stellt das Landwirtschaftsministerium im Maßnahmenpaket „Stadt.Land.ZUKUNFT“ rund eine Million Euro zur Verfügung. Außerdem tragen sowohl die neu konzipierten Agrarumweltmaßnahmen für die nächste GAP-Förderperiode ab 2023 als auch die Leistungen für das Insektenschutzpaket zu einer Minderung des Pflanzenschutzmittel-Einsatzes bei. „Wir kümmern uns bereits umfassend um das Thema. Ich erwarte, dass diese großen Leistungen, auch gewürdigt werden“, erklärt die niedersächsische Agrarministerin heute in Hannover.